Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11109

19. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Annelie Buntenbach, Andrea Fischer (Berlin), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/10616 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/10510 –

Beschäftigungspolitischer Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland (April 1998)

A. Problem

Überarbeitung des beschäftigungspolitischen Aktionsplans der Bundesregierung; Schaffung eines Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit; Sicherstellung der Beteiligung der Sozialpartner an der Ausarbeitung der nationalen Aktionspläne und Stärkung der europäischen Sozialpartner in den Konsultationsprozessen für künftige Leitlinien.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/10616 – abzulehnen.

Bonn, den 27. Mai 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Rolf Hempelmann**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I.

Der **Antrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde in der 236. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Mai 1998 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Der **Finanzausschuß** hat in seiner 110. Sitzung am 17. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/10616 – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 132. Sitzung am 27. Mai 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/10616 – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 27. Mai 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/10616 – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 83. Sitzung am 18. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/10616 – zu empfehlen.

III.

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion wird der von der Bundesregierung vorgelegte nationale Aktionsplan den auf dem Beschäftigungsgipfel im November 1997 in Luxemburg vereinbarten Leitlinien für die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten nicht gerecht. Der Aktionsplan enthalte keine konkreten Zielvorgaben für nationale beschäftigungspolitische Maßnahmen. Insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sei der Aktionsplan im wesentlichen eine Zusammenstellung bereits laufender oder beschlossener Maßnahmen. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, den beschäftigungspolitischen Aktionsplan zu überarbeiten. Unter anderem soll sie im Rahmen von Sofortprogrammen kurzfristig geeignete Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und weitreichende Maßnahmen zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit entwickeln. Ferner soll sie auf nationaler Ebene eine verbindliche Beteiligung der Sozialpartner an der Ausarbeitung der nationalen Aktionspläne sicherstellen und sich auf europäischer Ebene für eine Stärkung der europäischen Sozialpartner in den Konsultationsprozessen für künftige Leitlinien einsetzen.

IV.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in seiner 85. Sitzung am 27. Mai 1998 beraten.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/10616 – zu empfehlen.

Der **Beschluß** wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und in Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. gefaßt.

Bonn, den 27. Mai 1998

Rolf Hempelmann

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333